

Wolfgang S. Heinz

Die Menschenrechtssituation in Kolumbien

Seit Ende der siebziger Jahre ist die Menschenrechtssituation in Kolumbien nachhaltig durch schwere, systematische Menschenrechtsverletzungen und weit verbreitete Gewaltanwendung gekennzeichnet. 1991 starben 24 000 Kolumbianer eines gewaltsamen Todes, während es in den USA 23 200 Menschen waren, mit dem Unterschied, daß in Kolumbien 31 Millionen und in den USA 345 Millionen Menschen leben. Alle Analysen der Gewalt weisen auf die Notwendigkeit grundlegender politischer Reformen hin.¹

Dies stellt in dreifacher Weise eine paradoxe Situation dar. Schwere Menschenrechtsverletzungen finden in einem Land mit seit 38 Jahren demokratisch gewählten Regierungen statt. Die meisten Regierungen haben die seit 1980 immer wieder öffentlich dokumentierten und kritisierten Menschenrechtsverletzungen in einigen Fällen durchaus anerkannt, aber bisher ist es dennoch nicht zu strukturellen Verbesserungen gekommen. Darüber hinaus scheinen eine Vielzahl neuer staatlicher Menschenrechtsinstitutionen bisher auf Umfang und Schwere der Menschenrechtsverletzungen kaum Einfluß gewinnen zu können.

In diesem Beitrag wird zuerst auf die Formen der Verletzung fundamentaler Menschenrechte, dann auf Opfer, Täter und Entwicklungstrends eingegangen. Daraufhin wird auf die Probleme der inneren Sicherheit und besonders der Justiz eingegangen sowie die Reaktionen kolumbianischer Regierungen, der Zivilgesellschaft und internationale Reaktionen auf die Menschenrechtsverletzungen behandelt.

1 Formen von Menschenrechtsverletzungen

Seit 1980, dem Jahr der Veröffentlichung des ersten großen Berichtes von *Amnesty International* zur Menschenrechtssituation in Kolumbien, berichten nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen regelmäßig über Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien, z. B. das Ständige Kolumbianische Menschenrechtskomitee, die Organisation der Familienangehörigen von Verschwundenen, die kolumbianische Sektion der Andinen Juristenkommission sowie auf internationaler Ebene die Interamerikanische Menschenrechtskommission der Organisation Ameri-

¹ Es gibt zahlreiche Analysen zur Gewaltfrage. Eine der aktuellsten ist Deas / Gaitán Daza (1995).

kanischer Staaten (OAS), *Amnesty International*, *Americas Watch* und die Vereinten Nationen (UN).² Die Menschenrechte werden in systematischer Form vor allem durch unrechtmäßige Inhaftierung, extralegale Hinrichtungen,³ politischen Mord,⁴ Verschwindenlassen⁵ und anonyme Drohungen verletzt.⁶ Zu Beginn der achtziger Jahre überwogen Menschenrechtsverletzungen in Form unrechtmäßiger Inhaftierungen und Folter. Ein Jahrzehnt später wurde die Verletzung des Rechts auf Leben zum gravierendsten Menschenrechtsproblem des Landes.

In seinem Bericht «Politische Gewalt in Kolumbien: Mythos und Wirklichkeit» spricht *Amnesty International* 1994 von 20 000 Opfern politischer Gewalt für den Zeitraum 1986-1993, darunter 1 500 «Verschwindenenfällen».⁷

Die wichtigsten Opfergruppen sind Angehörige der politischen Linken, besonders der Patriotischen Union, die über 1 500 Mitglieder durch Morde verloren hat, darunter zwei Präsidentschaftskandidaten, Mitglieder des Abgeordnetenhauses, Senatoren und zahlreiche Bürgermeister. Die Patriotische Union ist eine Partei, die aus den Friedensverhandlungen 1985 als der FARC nahestehende Gruppierung hervorgegangen ist.

Darüber hinaus wurden hunderte von Führern von Gruppen der kolumbianischen Zivilgesellschaft wie Gewerkschaften (allein 573 Angehörige des Gewerkschaftsverbandes CUT zwischen 1986 und 1992),⁸ Armutsviertelbewegungen, indigenen und schwarzen Gemeinschaften sowie Menschenrechtsaktivisten ermordet. Zu den bevorzugten Opfern der Gewalt werden vor allem Kleinbauern in den ländlichen Konfliktzonen, in denen Guerilla oder paramilitärische Gruppen operieren. Dieser Umstand hat auch zu einer hohen Anzahl von internen Vertriebenen geführt. Schätzungen belaufen sich in den letzten zehn Jahren auf ca. 600 000.

² Zur innenpolitischen Entwicklung siehe Heinz (1989a und 1994) und Kurtenbach (1991a und 1991b).

³ Als extralegale Hinrichtung werden Tötungen bezeichnet, wenn der Täter oder Anstifter Beamter mit Polizeibefugnissen ist und die vorsätzlich begangene Tat weder durch Notwehr noch durch die Todesstrafe gerechtfertigt ist, die in Kolumbien überdies abgeschafft ist.

⁴ Als politischer Mord werden die Morde bezeichnet, bei denen die Tat in einem politischen Kontext eingebettet ist. Täter können sowohl Staatsbedienstete, paramilitärische Gruppen oder Einzelpersonen sein.

⁵ Unter «Verschwindenlassen» wird die illegale Festnahme einer Person durch Angehörige staatlicher Sicherheitskräfte verstanden, die von diesen abgestritten wird. Der Festgenommene wird oft verhört, gefoltert und ermordet. Die Leiche läßt man danach verschwinden.

⁶ Siehe Human Rights Watch (1993).

⁷ Amnesty International (1994: 28). Verteidigungsminister Pardo warf der Organisation Manipulation der Statistik vor.

⁸ Comisión Andina de Juristas Seccional Colombiana (1994: 293).

In den Städten wurden seit 1979 vor allem Angehörige sozialer Randgruppen wie Bettler, Müllsammler, Kleinkriminelle, Obdachlose, Prostituierte, Homosexuelle und Straßenkinder Opfer von Mordanschlägen, die im Land als «soziale Säuberungen» (*limpieza social*) bekannt sind. Eine vom Zentrum für Forschung und Volkerziehung (CINEP) veröffentlichte Studie beziffert die Zahl der Opfer zwischen 1988 und 1993 auf 1 926, sicher eine Mindestangabe, da viele Menschen in diesem Lebensbereich ohne weitere öffentliche Aufmerksamkeit beerdigt werden.⁹

Auch die Guerilla ist für Folterungen, Morde an Geiseln, entführten Personen, Mitgliedern rivalisierender Gruppen, Informanten der Streitkräfte, lokalen Regierungsbeamten und Kleinkriminellen verantwortlich, wie auch von Menschenrechtsorganisationen berichtet wurde. Verteidigungsminister Rafael Pardo sprach 1994 in einer Kritik an einem Bericht von *Amnesty International* von mehr als 2 500 Entführungen und rund 3 500 Morden der Guerilla während der letzten vier Jahre.¹⁰

In Kolumbien werden Menschenrechtsverletzungen besonders häufig durch eine Tätergemeinschaft von Beamten mit Polizeibefugnissen, paramilitärischen Gruppen¹¹ und Einzelpersonen begangen. Die Form der Menschenrechtsverletzungen führt dazu, daß eine staatliche Verantwortung schwer nachzuweisen ist.¹² Dennoch gelingt Menschenrechtsorganisationen und Anwälten ein solcher Nachweis, oft nach mühevollen Ermittlungen. Nach einem 1994 veröffentlichten Bericht der *Procuraduría General de la Nación* wurden als Täter 1993 in 1 089 Fällen die Polizei (1992: 1 520 Fälle), in 775 Fällen das Militär (1992: 408 Fälle) und in 56 Fällen der dem Präsidenten unterstehende Geheimdienst DAS (1992: 131 Fälle) identifiziert.¹³

Nach wie vor sind viele paramilitärische Gruppen aktiv, deren Existenz bereits 1987 vom damaligen Innenminister César Gaviria (Präsident von 1990 bis 1994 und heute OAS-Generalsekretär) öffentlich kritisiert wurden. Er sprach damals von 200 Gruppen, von denen acht landesweit operierten. Bei den Paramilitärs handelt es sich ursprünglich um verschiedene Gruppen bewaffneter Privatpersonen, die sich im Lauf der Zeit zum Teil untereinander vermischt haben. Zum einen sind es von Großgrundbesitzern ins Leben gerufene Selbstverteidigungsgruppen, die eine lange Tradition als Schutz gegen Banditen und Guerilla haben, zum anderen gibt es von den Militärs gegründete Selbstverteidigungsgruppen, die von ihm trainiert und bewaffnet wurden, wie dies im Armeehandbuch für den Anti-Guerillakampf auch ausdrücklich vor-

⁹ Rojas (1994: 22).

¹⁰ Eine nach Regionen aufgegliederte Statistik mit klaren Definitionen wurde nicht gegeben. Vgl. *El Tiempo* vom 15. März 1994.

¹¹ Zu ihrer Entstehung siehe Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) (1990: 29-30).

¹² Siehe Sierck (1993: 25-27).

¹³ Procuraduría General de la Nación (1994: 14).

gesehen ist.¹⁴ Erst unter Präsident Virgilio Barco (1986-1990) hat die Regierung offiziell auf diese Gruppen verzichtet. Weiterhin existieren die von Drogenhändlern bezahlten Gruppen, die in enger Zusammenarbeit mit Angehörigen der Militär- und Polizeiheimdienste ihr Ziel suchen und finden. Es geht ihnen darum, der Bedrohung durch die Guerilla, vor allem Erpressungen und Entführungen, zu entgehen. Da man der Guerilla kaum habhaft werden kann, werden mutmaßliche Sympathisanten, die politische Linke und zivilgesellschaftliche Aktivisten, die alle mit dem Begriff «Subversive» tituiert werden, zum Ziel der Morddrohungen und Attentate. Vor allem paramilitärische Gruppen waren für den dramatischen Anstieg von Massakern seit 1987/88 verantwortlich, die noch zusätzlich zu den Einzelfällen von außergerichtlichen Hinrichtungen und Verschwindenlassen stattfanden (z. B. in Urabá und Magdalena Medio).¹⁵

Paramilitärische Gruppen existieren auch heute noch. 1994 wird die Existenz von 132 Gruppen öffentlich eingeräumt, die selbst in militarisierten Gebieten offenbar mühelos operieren können.¹⁶ Von seiten kolumbianischer Regierungen wurden bislang keine hinreichenden Schritte unternommen, um diese Gruppen aufzulösen. In jüngster Zeit ist vor allem eine Gruppe mit dem Namen «Colsingue» (*Colombia sin Guerilla* / Kolumbien ohne Guerilla) aktiv, die über sogenannte Todeslisten die Ermordung von oppositionellen Politikern, Gewerkschaftern und Menschenrechtsanwälten ankündigt und der auch einige politische Morde zugeschrieben werden. Neu ist in der Region Urabá eine Tätergemeinschaft zwischen ehemaligen, befriedeten Guerillakämpfern, Militärs und Plantagenbesitzern, deren Gewalt sich gegen mutmaßliche Unterstützer der Guerillagruppe FARC richtet.

1992 veröffentlichten der Weltkirchenrat, Pax Christi Belgien, die Kommission Justitia et Pax und andere Organisationen das Buch «Staatsterrorismus in Kolumbien». In ihm wird die Beteiligung von 350 Militär- und Polizeioffizieren dokumentiert, bei denen Hinweise auf Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen vorliegen und es keine oder völlig unzureichenden Untersuchungen gab.¹⁷ Das Buch wurde von Regierungs- und Militärkreisen sowie in den kolumbianischen Medien scharf kritisiert. Das eigentliche Problem, die jahrelange Straflosigkeit (*impunidad*) von Menschenrechtsverletzungen, blieb ausgeblendet. Immerhin wird jetzt das Thema *impunidad* in den letzten Jahren auch auf Seminaren und Menschenrechtsforen in Kolumbien diskutiert und angeprangert. Zu Veränderungen ist es jedoch bisher kaum gekommen.

¹⁴ República de Colombia (o. J.: 317, 319, 323). Vgl. auch Heinz (1989b).

¹⁵ Zu Magdalena Medio vgl. Medina Gallego (1990) und Romero Medina (1994).

¹⁶ Vgl. *Cambio 16* 69 (1994; Colombia), S. 14-22.

¹⁷ Vgl. *Pax Christi* u. a. (1992).

Seit Ende der siebziger Jahre haben Menschenrechtsverletzungen zugenommen, mit der weiteren Verschärfung von Massakern zehn Jahre später. 1995 sind nach Angaben von *Amnesty International* Hunderte von Zivilisten außergerichtlichen Hinrichtungen durch die Streitkräfte und ihnen nahestehende paramilitärische Gruppen zum Opfer gefallen. Mindestens 150 Personen verschwanden nach der Festnahme. Angehörige der Streitkräfte konnten sich ihrer Verantwortung für tausende von seit Jahren registrierten Fällen extralegalen Hinrichtungen weiterhin entziehen, da es die Militärgerichte in der Regel unterließen, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen.¹⁸

Der Menschenrechtsstaatsanwalt stellt in seinem Bericht von 1994 fest, daß schwere Menschenrechtsverletzungen zunahmen, ebenso wie der Anteil von Militärs als potentielle Täter.¹⁹ Nach seinen Beobachtungen begehen die Mitglieder der Streitkräfte schwerere Delikte, während die Polizeibeamten leichtere und weniger Delikte begehen.²⁰

2 Probleme der inneren Sicherheit

Hohe Raten alltäglicher und organisierter Kriminalität, die Gewalt durch Guerilla- und paramilitärische Gruppen sowie Menschenrechtsverletzungen sind Kennzeichen für die tiefgreifenden sozialen Konflikte des Landes.

Wie schon erwähnt, fanden in den siebziger und achtziger Jahren die Menschenrechtsverletzungen in Form von Inhaftierungen und Folter statt, während Ende der achtziger Jahre außergerichtliche Hinrichtungen, Verschwindenlassen und auch Massaker im Vordergrund standen. Seit Beginn der achtziger Jahre ist ein kontinuierlicher Anstieg politisch motivierter Gewalt in Kolumbien zu verzeichnen. Ein Höhepunkt der Gewalt wurde zwischen 1988 und 1990 erreicht, als vor allem durch selektiv begangene außergerichtliche Hinrichtungen, anonyme Morddrohungen und Verschwindenlassen nach der Inhaftierung Gewerkschafter, Bauernführer, Führer der indigenen Bewegung, Rechtsanwälte, Bürgermeister, Richter, Journalisten und Vertreter von sozialen Organisationen Opfer politisch motivierter Gewalt wurden.²¹ Viele Betroffene gingen ins äußere oder innere Exil. Dadurch wurde auch die Arbeit der sozialen Organisationen geschwächt.

¹⁸ Amnesty International (1996: 295).

¹⁹ *El Tiempo*, 23. August 1994.

²⁰ *Ebenda*, S. 15.

²¹ Siehe hierzu GKKE (1990: 13-14).

3 Die Rolle der Justiz

Kolumbien ist in den 44 Jahren bis 1994 bis auf sieben Jahre durch Ausnahmege-setze regiert worden, was die Entstehung rechtsstaatlicher Verhältnisse von vorn-herin erschwerte. Die Justiz konnte nicht als unabhängig bezeichnet werden, da die Richter einer der beiden traditionellen Parteien angehören mußten und nur für zwei Jahre (erstinstanzliche Richter) bzw. vier Jahre (zweitinstanzliche Richter) ernannt wurden.²²

Die Justiz erweist sich seit Jahren als chronisch unfähig, Mordfälle aufzuklären und die Schuldigen hinter Gitter zu bringen. Der Beginn der Justizkrise wird mit dem Jahr 1968 angesetzt. Allein 1984 mußten 3,24 Millionen Fälle von 3 850 Richtern bearbeitet werden.²³ 1994 blieben 97 % aller angezeigten Morde ohne Aufklärung.²⁴ Kolumbianer vermeiden es in der Regel, Zeuge zu sein, weil sie die Rache des Angeklagten fürchten, gegen die sie der Staat oft nicht schützen kann. Hunderte von Polizisten wurden besonders im Rahmen des von *narcotraficantes* ausgeübten Terrors Ende der achtziger Jahre gezielt ermordet, der unterdessen beendet worden ist. Immer wieder haben Regierungen Versuche unternommen, die Justiz zu reformieren, aber bisher kaum mit greifbarem Erfolg.

Darüber hinaus beeinträchtigen die Bedrohung und Ermordung von Richtern und Justizangestellten die Wirksamkeit der Justiz. Die kolumbianische Regierung hat in diesem Zusammenhang immer wieder auf die terroristischen Aktionen von Drogenhändlern hingewiesen. Aber das Täterbild ist differenzierter. In einer Analyse von 240 Mordfällen, in denen die Täter ermittelt werden konnten, handelte es sich nach Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission in 58 Fällen um Drogenhändler, in 80 Fällen um paramilitärische Gruppen, in 48 Fällen um Angestellte des Staates, in 32 Fällen um die Guerilla und in 22 Fällen um andere Faktoren.²⁵ Unter Präsident Virgilio Barco wurde mit Hinweis auf die ständige Bedrohung von Richtern eine Sondergerichtsbarkeit, die Richter für öffentliche Ordnung (jetzt: «regionale Richter» [*juezes regionales*]), eingerichtet, die für terroristische Straftaten, Drogenhandel und politisch motivierte Kriminalität zuständig sind. Sie sind für den Angeklagten anonyme (*sin rostro*) Richter, und auch andere Aspekte des Verfahrens stellen nach der Auffassung von Menschenrechtsorganisationen die Verteidigerrechte eines Angeklagten nach Artikel 14 des UN-Paktes über bürgerliche und politische

²² *El Tiempo*, 23. August 1994.

²³ *El Espectador*, 6. Dezember 1985.

²⁴ Zitiert im Info-Dienst Menschenrechte aktuell des EKD-Kirchenamtes, März 1995, S. 2.

²⁵ *El Tiempo*, 23. August 1994.

Rechte von 1966 in Frage. Das ebenfalls unter Virgilio Barco verabschiedete Anti-Terrorismus-Statut wurde auch gegen Vorstandsmitglieder von mindestens vier Gewerkschaften eingesetzt, darunter die Justizgewerkschaft *Asonal Judicial*, in der 60 % der Justizmitarbeiter organisiert sind.²⁶

Mit der neuen Verfassung von 1991 wurde eine Justizreform begonnen. Die bisherige Generalstaatsanwaltschaft, *Procuraduría General*, wurde neu aufgegliedert in die Generalstaatsanwaltschaft als Leitungsbehörde der Strafverfolgungsbehörden (*Fiscalía de la Nación*) und in die *Procuraduría General* als oberste Disziplinarbehörde mit Zuständigkeit für alle staatlichen Angestellten; ihr untersteht ein Menschenrechtsstaatsanwalt, der 1994 einen viel beachteten, kritischen Bericht zur Menschenrechtslage vorgelegt hat. In der Justiz wurde die Arbeitsplatzgarantie eingeführt und die Gehälter erhöht. Allerdings konnte noch keine durchgreifende Verbesserung anderer drängender Probleme wie der Gefährdung der Justizangestellten und einer deutlich höheren Aufklärungsquote in politischen Mordfällen erreicht werden.

4 Die Reaktion kolumbianischer Regierungen auf Kritik an Menschenrechtsverletzungen

Seit der Veröffentlichung des ersten Berichtes von *Amnesty International* 1980 haben Menschenrechtsorganisationen gegenüber allen Regierungen regelmäßig auf systematische Menschenrechtsverletzungen hingewiesen. Ihr Einsatz wurde durch den politisierten Diskurs über Menschenrechte erschwert, handelte es sich hierbei doch in den siebziger und achtziger Jahren um einen «linken Begriff». Die Kritik an Menschenrechtsverletzungen kam, vor allem von linken Organisationen, der Kommunistischen Partei, den Guerillagruppen und einigen wenigen NRO. Entsprechend kritisch bis ablehnend wurde von Politikern, Medien und der Katholischen Kirche über Menschenrechtsfragen gesprochen.

In der politischen Auseinandersetzung mit der Guerilla waren Politik und Medien nur allzu bereit, eine solche Kritik von vornherein als unberechtigt und politisch motiviert darzustellen. Diejenigen, die sie äußerten, wurden in der Öffentlichkeit bestenfalls als naive Helfer, wenn nicht als aktive Sympathisanten der Guerilla, denunziert — und waren damit erheblich gefährdet. In den beiden traditionellen Parteien befaßte man sich kaum mit Menschenrechtsfragen. Nur sehr wenige Politiker waren im Einzelfall bereit, öffentlich Kritik an Menschenrechtsverletzungen zu üben, galt dies doch als unloyal gegenüber den Sicherheitskräften. Ein wichtiger, tiefer

²⁶ Sierck / Voß (1994: 488).

liegender Grund hierfür ist die jahrzehntelange Praxis ziviler Regierungen, die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung dem Militär zu überlassen.²⁷

Mit der Regierung Virgilio Barco, unter der politische Gewalt und Menschenrechtsverletzungen weiter zunahmen und die neue Praxis der Massaker begann, änderte sich diese Situation. Langsam und widerstrebend wurde das Thema Menschenrechte nun auch von der Regierung ernst genommen. Allerdings vertrat sie wie alle Regierungen ein Erklärungsmuster, nach dem Menschenrechtsverletzungen keine Politik der Regierung oder der Führung der Streitkräfte sind (wie *Amnesty International* in einem Bericht 1988 behauptet hatte), sondern es sich um Übergriffe einzelner Offiziere oder Polizisten handle, die zur Rechenschaft gezogen werden müßten. Die Regierung tue in dieser schwierigen Situation alles in ihrer Macht stehende, um solche Übergriffe aufzuklären. Daneben zeigte sich eine klare Tendenz, für fast alle als Menschenrechtsverletzungen gebrandmarkten Handlungen erst einmal die Guerilla verantwortlich zu machen. Wenn dann der Fall genauer untersucht wurde, stellte sich meist eine klare Verantwortung des Militär und der mit ihm zusammenarbeitenden paramilitärischen Gruppen heraus. Bei der Auswahl von Opfern spielten Militär und militärischer Geheimdienst eine wichtige Rolle, da sie die Listen der Subversiven zusammenstellten oder zum Zeitpunkt des Überfalls die Opfer durch verummte Überläufer identifizieren ließen, auch wenn die Menschenrechtsverletzungen selbst durch paramilitärische Gruppen begangen wurden.

Bis heute hält die öffentliche Auseinandersetzung zwischen Regierung, lokalen und internationalen NRO an, auf welcher politischen Ebene die Verantwortung für die offensichtlich anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen festzumachen ist.

Unter Präsident Virgilio Barco sind eine Vielzahl von staatlichen Menschenrechtsinstitutionen ins Leben gerufen worden, deren Aufgaben oft nicht klar voneinander abgegrenzt waren. Zunächst ist die neue Stelle eines Präsidentenberaters für Menschenrechte zu nennen, die sich u. a. der Kontaktpflege mit (inter-)nationalen NRO und internationalen Organisationen sowie der Förderung der Menschenrechts-erziehung widmet.

Trotz großen persönlichen Engagements einiger Leiter staatlicher Menschenrechtsinstitutionen hatte deren Arbeit bisher nur begrenzte Wirkungen, wobei auch das schwierige Umfeld in Rechnung zu stellen ist. Es ist aber positiv, daß hierdurch kolumbianische Regierungen seit Ende der achtziger Jahre ihre Verantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte klarer akzeptiert haben. Zumindest gibt es nun innerhalb des Staates Behörden, die aktiv zu Übergriffen staatlicher Organe ermitteln.

²⁷ Ausführlich hierzu Leal Buitrago (1994).

Dadurch wird ein gewisser politischer Druck in Einzelfällen auf die Täterstrukturen ausgeübt, auch wenn es im Ergebnis nur manchmal zur Anklage und selten zur Verurteilung kommt.

Die neu ins Leben gerufene Generalstaatsanwaltschaft (*Fiscalía de la Nación*) hat als Ermittlungsbehörde die Aufgabe, Beschuldigungen zu Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen — soweit die Zuständigkeit für den entsprechenden Fall nicht von den Militärgerichten beansprucht wird, weil es sich um Polizei- oder Militärangehörige handelt. Sie erhielt im Zeitraum Juli 1992 bis Juni 1993 Anzeigen zu Verschwundenen (700 Fälle), Morden (782), Massakern (70), Folter (20), Drohungen (60), Entführungen (50) und willkürlichen Festnahmen (29).²⁸

Die Verfassung von 1991 läßt neben der ordentlichen Justiz die Militärgerichtsbarkeit zu. Diese ist nicht auf typische Militärdelikte beschränkt, sondern nimmt für sich in Anspruch, für alle Delikte zuständig zu sein, die von Angehörigen der Streitkräfte begangen werden. Die Militärgerichtsbarkeit ist nicht unabhängig. Sie ist nach Auffassung der *Procuraduría General de la Nación* ineffektiv und sorgt durch ihren mißverstandenen Korpsgeist für die Strafflosigkeit (*impunidad*) von Menschenrechtsverletzungen.²⁹ 1995 hat das Verfassungsgericht entschieden, daß die Beteiligung von Offizieren im aktiven Dienst an Militärgerichten verfassungswidrig ist. Daher wird zur Zeit daran gearbeitet, in Zukunft pensionierte Offiziere einzusetzen. Präsident Ernesto Samper hat eine Regierungskommission mit der Überarbeitung der Zuständigkeit von Militärgerichten beauftragt. Sie wird eine Empfehlung formulieren müssen, ob Menschenrechtsanklagen gegen Militärs weiter vor Militärgerichten oder vor der ordentlichen Justiz verhandelt werden sollen. Danach wird der Präsident entscheiden, welche Vorschläge er dem Kongreß vorlegen will.

5 Reaktionen der Zivilgesellschaft

Eine große Zahl von NRO ist in Kolumbien auf den Gebieten politische Partizipation, staatsbürgerliche Bildung und Menschenrechte tätig. Bei den nicht parteigebundenen NRO ist das CINEP die bekannteste Einrichtung. Die meisten Einrichtungen versuchen durch angewandte sozialwissenschaftliche Forschung und Bildungsprogramme das Bewußtsein für notwendige und überfällige Reformen zu schärfen, und dadurch Einstellungsveränderungen anzuregen. Eine Reihe von

²⁸ *El Tiempo*, 23. August 1994.

²⁹ *Procuraduría General de la Nación* (1994: 17). Zur *impunidad* siehe auch *Consejería Presidencial para los Derechos Humanos* (1989).

Menschenrechts-NRO sammeln und dokumentieren Informationen zur Menschenrechtslage und müssen unter schwierigsten Bedingungen arbeiten, da ihr Leitungspersonal immer wieder Morddrohungen erhält; mehrere Menschenrechtsaktivisten wurden sogar bereits ermordet. Zu den wichtigsten gehören das Ständige Menschenrechtskomitee, die Vereinigung der Familienangehörigen von Festgenommenen und Verschwundenen (*Asociación de Familiares de Detenidos Desaparecidos*, ASFAD-DES), die *Comisión Intercongregacional de Justicia y Paz*, das *Centro de Investigación y Educación Popular* (CINEP), die kolumbianische Sektion der Andinen Juristenkommission und das Lateinamerikanische Institut für alternative Rechtsdienste (*Instituto Latinoamericano de Servicios Legales Alternativos*, ILSA).³⁰

In einer so komplexen politischen Situation kommt den Medien eine zentrale Bedeutung für eine unparteiische, vollständige Information der Bevölkerung zu. Aber auch sie stehen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten gegenüber. Die Berichterstattung aus den Kriegsgebieten ist besonders schwierig. Kolumbien gehört mit 96 ermordeten Journalisten im Zeitraum 1977-1992 zu den für Journalisten gefährlichsten Ländern.

Die Katholische Kirche, der offiziell über 90 % der Bevölkerung angehören, war lange Zeit eine konservative, staatstragende Einrichtung. In den letzten Jahren hat sie sich jedoch von den traditionellen Machtstrukturen unabhängiger gemacht, ohne den Kontakt zum Staat zu verlieren. Sie steuert hinsichtlich der Menschenrechte landesweit einen eigenen, vorsichtig fortschrittlichen Kurs; gleichwohl gibt es erhebliche Unterschiede unter den Diözesen, die von den pastoralen Schwerpunkten und den Positionen des jeweiligen Bischofs abhängen.

Die Bedeutung anderer zivilgesellschaftlicher Kräfte ist meist gering. Die vier gewerkschaftlichen Dachverbände z. B. besitzen mit Ausnahme des CUT nur geringe Glaubwürdigkeit, denn der Organisationsgrad ist gering, und begründete Korruptionsvorwürfe haben wiederholt die Glaubwürdigkeit einzelner Gewerkschaften beschädigt.

Insgesamt steht eine schwache, in politischen Beteiligungsmöglichkeiten noch unerfahrene Zivilgesellschaft einer erfahrenen politischen Klasse und dem Staat gegenüber, die bisher fast alle politischen Fragen unter sich diskutierten und entschieden. NRO müssen daher unter schwierigen Bedingungen arbeiten und sehen sich auch weiterhin einer etablierten, beharrenden politischen Elite gegenüber. Bei einer Bevölkerung, von der 47 % in Armut lebt, können gesellschaftskritische Kräfte über den weitverbreiteten Klientelismus häufig erfolgreich kooptiert werden, viele andere bewahren sich aber ihre Unabhängigkeit. Zusammenschlüsse unter NRO sind bisher selten, denn Mißtrauen und Wettbewerb um knappe Ressourcen sind groß. Es kann

³⁰ *El Tiempo*, 23. August 1994.

jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß in Zukunft reformorientierte Bündnisse mit der Unterstützung einzelner Medien und Politiker den Reformprozeß entscheidend beeinflussen können.

6 Internationale Reaktionen

Das Thema Menschenrechte hat zunehmend Eingang in die außenpolitischen Beziehungen Kolumbiens gefunden. USA, EU und einzelne westeuropäische Staaten haben sowohl Einzelfälle als auch die allgemeine Menschenrechtssituation mit Regierungsvertretern in Bogotá erörtert. Die kolumbianische Regierung hat ihrerseits z. B. die EU-Botschafter im Sommer 1994 zu einer Konferenz über Menschenrechtsfragen eingeladen und ihre Botschafter angewiesen, ihre Sicht der Dinge aktiver im Ausland zu vertreten.

In Westeuropa und den USA befassen sich zahlreiche kirchliche NRO und Aktionsgruppen seit Jahren mit Menschenrechtsproblemen und haben einen wichtigen Anteil an der kritischen Berichterstattung. In Genf trafen sich 1988 zahlreiche NRO zu einer internationalen Konferenz über die Lage der Menschenrechte in Kolumbien. Die Regierung und die katholische Kirche hatten Vertreter entsandt.³¹ 1995 fand eine weitere große Konferenz am Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel statt, bei der die Regierung unter anderem von Verteidigungsminister Botero vertreten wurde.³²

Auch in der UN-Menschenrechtskommission war Kolumbien wiederholt Gegenstand der Verhandlungen. 1994, 1995 und 1996 stand die Ernennung eines Sonderberichterstatters zur Diskussion, fand aber letztlich keine Mehrheit. Die UN-Arbeitsgruppen zu Folter, erzwungenem Verschwindenlassen und außergerichtlichen Hinrichtungen haben mehrfach ihre Vertreter zu Ermittlungen und Regierungsverhandlungen nach Kolumbien entsandt und kritische Berichte veröffentlicht. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) hat das Land mehrfach besucht, 1980 und 1992 ausführliche Berichte vorgelegt und eine Reihe von Verschwundenenfällen aufgenommen.³³

In Deutschland haben sich Solidaritätsgruppen, Menschenrechts-NRO, die Kirchen und auch die Politik immer wieder mit der Menschenrechtssituation in Kolumbien befaßt. Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) hat 1990 einen Bericht herausgegeben, und der Unterausschuß Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages führte am 18. Juni 1990 eine öffentliche Anhörung zur Lage der Menschenrechte in Kolumbien durch. Diese setzte neue Akzente auch in der

³¹ Vgl. Pax Christi Netherlands / Dutch Commission Justicia et Pax 1989.

³² *El Tiempo*, 23. August 1994.

³³ Vgl. OAS (1981) und Comisión Andina de Juristas Seccional Colombiana (1994).

Beurteilung der Lage durch das Auswärtige Amt, das lange Zeit die Regierung nur als Opfer der verschiedenen Gewaltformen sah.³⁴ Die Bundesregierung hat den Empfang von Offizieren abgelehnt, denen eine Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen wird. Zuletzt trat 1995 ein solcher Fall auf; der Akkreditierung eines pensionierten Armeeobersten als Generalkonsul in Hamburg wurde von der Bundesregierung nicht zugestimmt.

7 Schlußbetrachtung

Wie auch ihre Vorgänger hat die Regierung Ernesto Samper einen entschiedenen Einsatz für die Menschenrechte angekündigt. Sie hat zum ersten Mal für den kolumbianischen Staat die Verantwortung für eine Reihe von Massakern in der Gemeinde Trujillo (107 Opfer) eingestanden, und erstmalig ist ein Armeegeneral wegen der Ermordung eines gefangenen Guerillero vor acht Jahren aus dem Dienst entlassen worden.³⁵ Die Polizei- und Militärführung wurde ausgewechselt. Im Mai 1995 wurde überdies ein Modernisierungsplan für die Streitkräfte angekündigt, der auch eine Überarbeitung des Militärstraf- und -disziplinarrechts beinhalten soll.

Das Interesse der neuen Regierung muß es sein, die beiden weiter kämpfenden Guerillagruppen ELN und FARC zu Waffenstillstandsverhandlungen zu bewegen sowie Streitkräfte und Polizei auf eine Guerillabekämpfung innerhalb der nationalen und internationalen Menschenrechtsstandards zu verpflichten. Die Schwierigkeit liegt vor allem darin, daß die Militärführungen diese Standards seit langem als Belastung für die Kampfmoral ansahen und sie daher in der Vergangenheit immer wieder in Frage stellen oder nur verbal anerkannten.

Hiermit wird das Grundproblem deutlich: In dem diffusen Gewaltumfeld des Landes ist die Regierung zu ihrem eigenen Schutz von Polizei und Militär abhängig, kann aber andererseits die äußerst negativen Folgen schwerer, lang anhaltender Menschenrechtsverletzungen im In- und Ausland nicht ignorieren. Im Sommer 1994 hat selbst Verteidigungsminister Botero die Menschenrechts-NRO des Landes als akzeptable Gesprächspartner bezeichnet und die Einrichtung von Menschenrechtsbüros in Militär- und Polizeigarnisonen angekündigt.³⁶ Es ist indessen schwer, sich eine durchgreifende Verbesserung der Menschenrechtslage bei einer Fortsetzung oder gar Verschärfung des Guerillakrieges vorzustellen.

³⁴ *El Tiempo*, 23. August 1994.

³⁵ *Der Tagesspiegel*, 13. September 1995.

³⁶ *El Tiempo*, 23. August 1994.

8 Literaturverzeichnis

- Amnesty International (1994): *Politische Gewalt in Kolumbien: Mythos und Wirklichkeit*, Bonn: Amnesty International.
- Amnesty International (1996): *Jahresbericht 1996*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
- Comisión Andina de Juristas Seccional Colombiana (1994): *Derechos Humanos en Colombia: Segundo Informe de la Comisión Interamericana de Derechos Humanos*, Bogotá.
- Consejería Presidencial para los Derechos Humanos (1989): *Lucha contra la impunidad*, Bogotá: Editora Guadalupe.
- Deas, Malcom / Gaitán Daza, Fernando (1995): *Dos ensayos especulativos sobre la violencia en Colombia*, Bogotá: Fondo Financiero de Proyectos de Desarrollo; Departamento Nacional de Planeación.
- Defensoría del Pueblo (1994): *Primer Informe Anual del Defensor del Pueblo al Congreso de Colombia*, Bogotá.
- Fundación Konrad Adenauer (o. J.): *Dos años de la nueva constitución en Colombia*, ohne Ortsangabe: Fundación Konrad Adenauer.
- Deutscher Bundestag (1990): *Zur Sache: Themen parlamentarischer Beratung: Menschenrechte* 26 (Bonn).
- Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (1990): *Zur Lage der Menschenrechte in Kolumbien*, Bonn.
- Heinz, Wolfgang S. (1989a): *Guerrillas, Friedensprozeß und politische Gewalt in Kolumbien (1980-1988)*, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- Heinz, Wolfgang S. (1989b): «Menschenrechte und Justiz unter der Regierung Barco», in: *Lateinamerika: Analysen — Daten — Dokumentation* 6/11-12, S. 7-18.
- Heinz, Wolfgang S. (1994): «Violencia política y cambio social en Colombia», in: Kohut, Karl (Hrsg.): *Literatura colombiana hoy: imaginación y barbarie*, Frankfurt am Main; Madrid: Vervuert, S. 121-138.
- Human Rights Watch (1993): *Political Violence and Counterinsurgency in Colombia*, New York; Washington, D. C.; Los Angeles; London.
- Kolumbiengruppe (1995): *Menschenrechte am Wendepunkt? Kolumbien-Rundbrief* 36.
- Kurtenbach, Sabine (1991a): «Die Wahlen und die neue Verfassung in Kolumbien», in: *Lateinamerika: Analysen — Daten — Dokumentation* 8/17-18, S. 109-117.
- Kurtenbach, Sabine (1991b): «Kolumbiens stabile Instabilität: demokratische Kontinuität, Klientelismus und politische Gewalt», in: Nolte, Detlef (Hrsg.): *Lateinamerika im Umbruch*, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde, S. 189-208.

- Medina Gallego, Carlos (1990): *Autodefensas, Paramilitares y Narcotráfico en Colombia*, Bogotá: Editorial Documentos Periodísticos.
- Leal Buitrago, Francisco (1994): *El Oficio de la Guerra: la Seguridad Nacional en Colombia*, Bogotá: Tercer Mundo Editores.
- Organization of American States: Inter-American Commission on Human Rights (1981): *Report on the Situation of Human Rights in the Republic of Colombia*, Washington, D.C.
- Organización Mundial contra la Tortura (OMCT) / Asociación Americana de Juristas / Federación Latinoamericana de Asociaciones de Familiares de Desaparecidos (FEDEFAM) / Pax Christi International / Commission of the Churches of International Affairs / Rechtvaardigheid en Vrede / Commission Justice et Paix / Centre National de Cooperation au Développement (CNCD) / National Centrum voor Ontwikkelingssamenwerking (NCOS) / Servicio Paz y Justicia América Latina (SERPAJ AL) (1992): *El Terrorismo de Estado en Colombia*, Brüssel: Ediciones NCOS.
- Pax Christi Netherlands / Dutch Commission Justicia et Pax (Hrsg.) (1989): *Colombia: Final Report; International Conference on Human Rights in Colombia, Genf, 2-4 Februar 1989*, Den Haag.
- Procuraduría General de la Nación (1994): *III Informe sobre Derechos Humanos, Colombia 1993-1994*, Bogotá.
- República de Colombia: Comando del Ejército (o. J.): *Reglamento de Combate de Contraguerrillas*, Bogotá (2. Auflage).
- Rojas, Carlos Eduardo (1994): *La violencia llamada limpieza social*, Bogotá: Centro de Investigación y Educación Popular.
- Romero Medina, Amanda (1994): *Magdalena Medio: luchas sociales y violaciones a los derechos humanos 1980-1992*, Bogotá: Cooperación Avre.
- Schwarzbach, Liliana (1993): «Las ONGs colombianas en la lucha por los derechos humanos y la paz», in: *Lateinamerika: Analysen — Daten — Dokumentation*, Beiheft 13, Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde.
- Sierck, Gabriela M. (1993): «Welche Menschenrechtsverletzungen passen in eine Demokratie? Politisch motivierte Morde in Lateinamerika», in: *Blätter des Informationszentrums 3. Welt (Iz3W)* 190, S. 25-27.
- Sierck, Gabriela M. / Voss, Rainer (1993): «Die Situation der Justiz in Kolumbien ist unverändert dramatisch», in: *Deutsche Richterzeitung* 12, S. 485-489.
- Washington Office on Latin America (1989): *Colombia Besieged: Political Violence and State Responsibility*, Washington, D. C.